

Pressemitteilung



Hoppe: „Wir brauchen einen Sozialpakt für die Zukunft“

113. Deutscher Ärztetag in Dresden eröffnet

Dresden, 11.05.2010 – „Die Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik müssen so gestaltet werden, dass jeder Patient eine gute Medizin erhält. Es muss wieder um den Menschen und nicht um Macht, es muss wieder um den Patienten und nicht nur um Politik gehen“, forderte Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, bei der heutigen Eröffnung des 113. Deutschen Ärztetages in Dresden. Die Ärzteschaft habe deshalb hoffnungsvoll zur Kenntnis genommen, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung eine neue Dialogkultur für das Gesundheitswesen angekündigt worden sei. Seither würden zwischen Politik und Ärzteschaft kontinuierlich Gespräche geführt und die wesentlichen Probleme in gemeinsamen Arbeitsgruppen bearbeitet, so Hoppe.

Die Zukunftsaufgaben seien gewaltig und die Ärztinnen und Ärzte wollten zu deren Bewältigung beitragen. „Wir Ärzte sehen die einzelnen Menschen mit ihren Nöten, mit ihren Sorgen, mit ihren Krankheiten. Aber uns fehlen die Mitmenschen, die uns beim Heilen helfen.“ Das Soziale drohe in einer wachsenden Singlegesellschaft verloren zu gehen. Dies könnten weder Ärzte kompensieren, noch könnten das Politiker durch Gesetze administrieren. „Wir können unsere Zukunft nur menschenwürdig gestalten, wenn wir uns rückbesinnen auf den Menschen als soziales Wesen. Wir brauchen endlich ein neues Signal aus der Mitte der Gesellschaft, wir brauchen einen Sozialpakt für die Zukunft“, forderte Hoppe unter dem Beifall der Delegierten.

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

Der Ärztepräsident sieht in der Gesundheitsversorgung kein weiteres Einsparpotential. Der Anteil der gesetzlichen Krankenversicherung an den Gesundheitsausgaben liege seit Jahrzehnten bei etwas über sechs Prozent, im Vergleich zu anderen in der OECD organisierten Staaten mit einem Durchschnittswert von mindestens acht Prozent. „Dass es zu Rationierung in der medizinischen Versorgung kommt, ist mittlerweile wohl unbestritten. Längst ist die heimliche Rationierung öffentlich geworden.“ Vor diesem Hintergrund erneuerte der Ärztepräsident seine Forderung nach einer Debatte über Priorisierung im Gesundheitswesen. „Die Schere zwischen dem, was wir leisten können und dem, was wir bezahlen können, klafft immer weiter auseinander.“ Deshalb müsse man darüber reden, wie trotz begrenzter Ressourcen eine gerechte Versorgung gestalten werden könne. „Im derzeitigen System sehe ich nur einen Weg aus der Rationierung, nämlich die Diskussion um die Priorisierung.“ Zur Vorbereitung solch wichtiger Entscheidungen habe die Ärzteschaft einen Gesundheitsrat vorgeschlagen, mit Philosophen, Theologen, Juristen, Patientenvertretern, Ärzten und Gesundheitsberufen. „Auch hier gilt mehr denn je: Dialog schafft Vertrauen. Wir wollen die Menschen in die Entscheidungsprozesse einbinden. Sie müssen verstehen können, um was es geht – nur dann auch werden sie Verständnis für die Entscheidungen haben.“